



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 13. November 2015
(OR. en)

12895/15

LIMITE

PV/CONS 52
JAI 737
COMIX 481

ENTWURF EINES PROTOKOLLS¹

Betr.: **3415.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**JUSTIZ UND
INNERES**) vom 8. und 9. Oktober 2015 in Luxemburg

¹ Informationen über Gesetzgebungsberatungen, sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen des Rates sind in Addendum 1 enthalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Annahme der vorläufigen Tagesordnung 4

INNERES

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

2. Annahme der Liste der A-Punkte 4
3. Visumpolitik 4
- (a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Visakodex der Union (Neufassung) [erste Lesung]
- (b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einführung eines Rundreise-Visums und zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen sowie der Verordnungen (EG) Nr. 562/2006 und (EG) Nr. 767/2008 [erste Lesung]
4. Weiterbehandlung der Legislativvorschläge vom 9. September 2015 5
- (a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist [erste Lesung]
- (b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten für die Zwecke der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes und zur Änderung der Richtlinie 2013/32/EU [erste Lesung]
5. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Zwecken der Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität [erste Lesung] 5
6. Sonstiges 6

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

7.	Annahme der Liste der A-Punkte	6
8.	Beschluss des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, angenommen am 14. September	6
9.	Die künftige Rückkehrpolitik	6
10.	Die künftige Politik im Bereich des Managements der Außengrenzen.....	6
11.	Bekämpfung des Terrorismus.....	7
12.	Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität.....	8
13.	Erneuerte Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union (2015-2020)	8
14.	Sonstiges.....	9

JUSTIZ

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

15.	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr [erste Lesung].....	9
16.	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft	10
17.	Sonstiges.....	10

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

18.	Folgen des Urteils Maximilian Schrems gegen Data Protection Commissioner vom 6. Oktober 2015 (C-362/14)	10
19.	Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	11
20.	Migrationskrise: Aspekte der justiziellen Zusammenarbeit und der Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit.....	11
21.	Auswirkungen des Taricco-Urteils vom 8. September 2015 (C-105/14) auf laufende Fälle...	12
22.	Sonstiges.....	12
ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....		13

*

* *

1. **Annahme der Tagesordnung**

12631/15 OJ/CONS 52 JAI 714 COMIX 462

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an.

INNERES

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

12632/15 PTS A 71

Der Rat nahm die in Dokument 12632/15 enthaltene Liste der A-Punkte an.

Die Dokumentenangaben zu Punkt 1 müssen wie folgt lauten:

TOP 1: 12316/15 CODEC 1232 FSTR 62 FC 61 REGIO 75 SOC 534 EMPL 350
BUDGET 33 AGRISTR 63 PECHE 314 CADREFIN 57
PE-CONS 50/15 FSTR 51 FC 50 REGIO 65 SOC 473 EMPL 312 BUDGET 26
AGRISTR 59 PECHE 268 CADREFIN 46 CODEC 1083
+ COR 1
+ COR 2 (fr)

Einzelheiten zur Annahme dieser Punkte sind im Addendum enthalten.

3. **Visumpolitik**

- (a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Visakodex der Union (Neufassung) [erste Lesung]**
 - (b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einführung eines Rundreise-Visums und zur Änderung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen sowie der Verordnungen (EG) Nr. 562/2006 und (EG) Nr. 767/2008 [erste Lesung]**
 - = Orientierungsaussprache/Sachstandsbericht
- 12382/15 VISA 314 CODEC 1248 COMIX 435

Der Rat bestätigte die Schlussfolgerungen des Vorsitzes auf der Tagung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene (siehe Dok. 12956/15).

4. **Weiterbehandlung der Legislativvorschläge vom 9. September 2015**¹

- (a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist [erste Lesung]**
11843/15 ASIM 79 CODEC 1167
+ ADD 1
- (b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten für die Zwecke der Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes und zur Änderung der Richtlinie 2013/32/EU [erste Lesung]**
11845/15 ASIM 81 COWEB 86 CODEC 1171
+ ADD 1
= Sachstandsbericht
12557/15 ASIM 101 COWEB 94 CODEC 1280
+ COR 1

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes zum Stand der Beratungen über die obengenannten Kommissionsvorschläge. Der Rat beauftragte seine Vorbereitungsgremien mit der weiteren Prüfung der beiden Legislativvorschläge, damit der Vorsitz die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament so bald wie möglich aufnehmen kann, um zu einer Einigung zu gelangen.

5. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Zwecken der Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität [erste Lesung]**

= Sachstandsbericht

Der Rat wurde über die Pläne des Vorsitzes hinsichtlich der laufenden Trilogie mit dem Europäischen Parlament über dieses Dossier informiert.

¹ Ausnahmsweise in Anwesenheit der assoziierten Staaten.

6. Sonstiges

= Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Vorsitz informierte den Rat über den Stand der Verhandlungen über mehrere Legislativvorschläge.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

7. Annahme der Liste der A-Punkte

12633/15 PTS A 72

Der Rat nahm die in Dokument 12633/15 enthaltenen A-Punkte an.

Die Erklärungen zu diesen Punkten sind in der Anlage wiedergegeben.

8. Beschluss des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, angenommen am 14. September¹

= Bericht über die Durchführung
12750/15 ASIM 106 COMIX 472

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission sowie Italiens und Griechenlands über die Umsetzung der vom Rat auf seinen Tagungen vom 14. und 22. September 2015 genehmigten Umsiedlungsverfahren.

9. Die künftige Rückkehrpolitik

= Annahme von Schlussfolgerungen
12420/15 MIGR 46 COMIX 441
+ COR 1

Der Rat nahm die vorgenannten Schlussfolgerungen an. Schweden gab die in der Anlage enthaltene Erklärung ab.

10. Die künftige Politik im Bereich des Managements der Außengrenzen

= Allgemeine Aussprache
12616/15 FRONT 208 JAI 713 COMIX 461

Der Rat nahm Kenntnis von dem Ergebnis der Aussprache auf der Tagung des Gemischten Ausschusses auf Ministerebene (siehe Dok. 12956/15).

11. Bekämpfung des Terrorismus¹

(a) **Schlussfolgerungen des Rates zur verbesserten Nutzung der Mittel zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Feuerwaffen**

= Annahme

12449/15 COSI 115 ENFOPOL 264 ENFOCUSTOM 96 CYBER 88

CRIMORG 96

+ COR 1 (it)

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur verbesserten Nutzung der Mittel zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Feuerwaffen an und forderte alle einschlägigen Akteure, die Mitgliedstaaten, die Kommission, Europol und Interpol auf, die erforderlichen Schritte zur Umsetzung der in diesen Schlussfolgerungen vorgesehenen Maßnahmen zu unternehmen. Der vereinbarte Text ist in Dokument 12892/15 enthalten.

(b) **Bewertung der laufenden Maßnahmen**

12318/15 JAI 686 CFSP/PESC 554 COSI 114 COPS 286 ENFOPOL 260

COTER 124 SIRIS 64 FRONT 197 CATS 89 EDUC 255

12551/15 JAI 706 CFSP/PESC 583 COSI 117 COPS 288 ENFOPOL 269

COTER 126 SIRIS 68 FRONT 207 CATS 94 EDUC 260

Der Rat nahm Kenntnis von dem Bericht des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung über die Umsetzung der Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen, die in der Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 12. Februar 2015 genannt sind. Der Rat einigte sich auf fünf kurzfristige Maßnahmen, die vom Vorsitz und vom Koordinator für die Terrorismusbekämpfung festgelegt wurden und bei denen vor der Dezember-Tagung des Rates Fortschritte gemacht werden sollten. Diese kurzfristigen Maßnahmen sind in Dokument 12551/15 dargelegt.

(c) **Sicherheit im Bahnverkehr: Informationen zu den jüngsten Entwicklungen**

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen des Vorsitzes zu den Ergebnissen der Aussprache über die Eisenbahnsicherheit während des Mittagessens der Verkehrsminister vom 8. Oktober 2015. Der Rat unterstützte die Initiative der Kommission, eine Studie über konkrete Maßnahmen in Auftrag zu geben, die im Bereich der Eisenbahnsicherheit vorgesehen werden könnten.

¹ Ausnahmsweise in Anwesenheit der assoziierten Staaten.

12. Bekämpfung der organisierten und schweren internationalen Kriminalität

(a) Überwachung der Umsetzung der Prioritäten der Europäischen Union

Der Rat wurde vom Direktor von Europol über die vorläufigen Ergebnisse der im Rahmen des EU-Politikzyklus zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität durchgeführten Maßnahmen, insbesondere der Gemeinsamen Aktionstage, informiert. Die endgültigen Ergebnisse der Maßnahmen werden erst im Dezember 2015 vorliegen. Der Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit wurde beauftragt, eine strategische Aussprache über die Gemeinsamen Aktionstage 2016 zu führen.

(b) Grenzüberschreitende Kriminalität in Verbindung mit kriminellen Motorradbanden

= Informationen Belgiens
12041/15 COSI 107 JAI 662 ENFOPOL 250 CRIMORG 91

Der Rat nahm Kenntnis von den Ausführungen der belgischen Delegation über das zunehmende Phänomen krimineller Motorradbanden in Grenzregionen und beauftragte den Ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit, geeignete Maßnahmen auf EU-Ebene als Reaktion auf diese Form der Kriminalität zu prüfen.

13. Erneuerte Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union (2015-2020)

= Bericht über die Durchführung
10854/15 COSI 94 CATS 74 JAI 559 ENFOPOL 207 ENFOCUSTOM 73
DAPIX 125 SIRIS 48 GENVAL 25 CORDROGUE 58 DROIPEN 80
COPEN 198 FREMP 159

Der Rat nahm Kenntnis von dem Programm des Vorsitzes für die Tätigkeiten des Rates im zweiten Halbjahr 2015 im Hinblick auf die Umsetzung der erneuerten Strategie der inneren Sicherheit sowie von den in einigen Bereichen erzielten Fortschritten.

14. Sonstiges

(a) **Gipfel von Valletta, 11./12. November 2015¹**

= Informationen des Vorsitzes

(b) **Hochrangige Konferenz über die Route über das östliche Mittelmeer und den westlichen Balkan¹**

= Informationen des Vorsitzes

12556/15 JAI 708 ASIM 100 RELEX 762 COWEB 93 ELARG 49 MAMA 140

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vorsitzes über die Vorbereitung der hochrangigen Konferenz über die Route über das östliche Mittelmeer und den westlichen Balkan. Während des Mittagessens der Minister unterrichtete Botschafter Pierre Vimont die Minister über den Stand der Vorbereitungen für den Gipfel von Valletta.

Tagung vom 10. Oktober 2015

JUSTIZ

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

15. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr [erste Lesung]

= Allgemeine Ausrichtung (•)

CODEC 1279

Der Rat nahm eine allgemeine Ausrichtung zum Entwurf der Datenschutzrichtlinie an. Die allgemeine Ausrichtung wurde von Österreich nicht unterstützt. Slowenien und die Tschechische Republik sowie Österreich gaben Erklärungen ab, die im Addendum zu diesem Protokoll (Seite 5) wiedergegeben sind.

¹ Ausnahmsweise in Anwesenheit der assoziierten Staaten.

(•) Nimmt der Rat eine allgemeine Ausrichtung an, nachdem das Parlament seinen Standpunkt in erster Lesung festgelegt hat, so stellt dies kein Handeln des Rates im Sinne des Artikels 294 Absätze 4 und 5 AEUV dar.

16. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

= Partielle allgemeine Ausrichtung

12621/15 EPPO 37 EUROJUST 168 CATS 98 FIN 660 COPEN 256 GAF 39

Nach erheblichen Fortschritten im Juli und September bekundete der Rat eine sehr breite Zustimmung zu den Artikeln 24 bis 33 und zu Artikel 35 der Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft in der im Dokument des Vorsitzes enthaltenen Fassung in Bezug auf Ermittlungen, Strafverfolgungen und Verfahrensgarantien. Es wurde jedoch klargestellt, dass diese Artikel im Zuge der Prüfung des vollständigen Wortlauts noch einmal überprüft würden, um Kohärenz zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage wurden die Sachverständigen gebeten, die Prüfung der Artikel 17 bis 23 in Bezug auf die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Regeln für Ermittlungen fortzusetzen. Österreich gab die im Addendum (Seite 7) wiedergegebene Erklärung ab.

17. Sonstiges

(a) Informationen des Vorsitzes zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen

Der Vorsitz informierte die Delegationen über den Stand der Verhandlungen über die verschiedenen laufenden Gesetzgebungsdossiers.

(b) Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten: Umsetzung

= Informationen der Kommission

Die Kommission wies auf die Frist 16. November 2015 für die Umsetzung der Richtlinie hin und erläuterte kurz die Tätigkeiten, die sie zur Unterstützung ihrer Umsetzung durchführen wird.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

18. Folgen des Urteils Maximilian Schrems gegen Data Protection Commissioner vom 6. Oktober 2015 (C-362/14)

= Informationen der Kommission

Die Kommission informierte den Rat über die Folgen des EuGH-Urteils in der Rechtssache Schrems (C-362/14, 6. Oktober 2015). Die Kommission betonte, dass die Beratungen über einen sichereren Rahmen für die Übermittlung personenbezogener Daten an die USA beschleunigt werden müssten, und kündigte an, dass sie eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten werde, um eine Fragmentierung zu vermeiden, nachdem die "Safe Harbour"-Entscheidung für ungültig erklärt worden sei.

19. Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

= Sachstandsbericht

12528/15 JAI 702 FREMP 199

Die Minister nahmen Kenntnis vom Sachstand und den weiteren Schritten im Hinblick auf den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die Kommission wurde in ihrer Rolle als Verhandlungsführer der EU ersucht, den Partnern im Europarat das starke Engagement der Europäischen Union für diesen Prozess zu vermitteln und umfassend zu untersuchen, wie dem Gutachten 2/13 Folge geleistet werden kann, indem sie dem Rat schriftlich technische Beiträge zu allen zu erörternden Aspekten vorlegt.

20. Migrationskrise: Aspekte der justiziellen Zusammenarbeit und der Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit

= Allgemeine Aussprache

12372/15 JAI 692 CATS 91 ASIM 94 COPEN 248 FREMP 191 JAIEX 71

Die Minister unterstützten die vom Vorsitz vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erleichterung von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Bezug auf die illegale Schleusung von Migranten, zur Sensibilisierung und Schulung der Justizbehörden in diesen Angelegenheiten, für eine bessere Zusammenarbeit mit Drittländern, für eine bessere Ermittlung und Strafverfolgung bei Hassverbrechen, zur Entwicklung eines Dialogs mit Internet-Providern und in Bezug auf das Engagement der nationalen Behörden für den Schutz benachteiligter Gruppen. Folglich wurde die Kommission insbesondere aufgefordert, angemessene Ressourcen bereitzustellen und ihren Dialog mit den Anbietern von Internetdiensten zu intensivieren.

21. Auswirkungen des Taricco-Urteils vom 8. September 2015 (C-105/14) auf laufende Fälle

= Allgemeine Aussprache

12549/15 DROIPEN 109 CATS 93 JAI 704 GAP 38 FIN 659 CADREFIN 59

CODEC 1276

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über die Auswirkungen des Taricco-Urteils im Hinblick auf eine etwaige Aufnahme von MwSt-Betrug in den Anwendungsbereich des Vorschlags für eine Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug und des Entwurfs der Verordnung über die Europäische Staatsanwaltschaft. Der Vorsitz kam zu dem Schluss, dass er auf der Ebene von Sachverständigen mögliche Lösungen prüfen werde.

22. Sonstiges

Unter diesem Punkt wurden keine Fragen zur Sprache gebracht.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL
ZU NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDEN TÄTIGKEITEN

Zu A-Punkt 7: **Entwurf des Beschlusses des Rates zur Ermächtigung des Königreich Belgiens und der Republik Polen, das Budapester Übereinkommen über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt (CMNI) zu ratifizieren, und zur Ermächtigung der Republik Österreich, diesem Übereinkommen beizutreten**
= **Annahme**

ERKLÄRUNG DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

"Das Vereinigte Königreich unterstützt den Beschluss des Rates zur Ermächtigung Österreichs, Belgiens und Polens, das Budapester Übereinkommen über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt (CMNI) zu ratifizieren bzw. ihm beizutreten.

Laut dem Ratsbeschluss verfügt die Union insbesondere im Hinblick auf Artikel 29 des Budapester Übereinkommens über die ausschließliche Außenkompetenz, und die Bestimmungen des genannten Artikels berühren als solche die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates und sind daher für alle Mitgliedstaaten bindend.

Das Vereinigte Königreich möchte jedoch darauf hinweisen, dass die Rechtsgrundlage des anzunehmenden Ratsbeschlusses unter Titel V Dritter Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) fällt. Folglich bindet dieser Ratsbeschluss das Vereinigte Königreich nur dann, wenn es nach dem den Verträgen beigefügten Protokoll (Nr. 21) beschließt, sich daran zu beteiligen.

Dementsprechend hat das Vereinigte Königreich gemäß Artikel 3 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls (Nr. 21) über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dem Präsidenten des Rates mitgeteilt, dass es sich an der Annahme und Anwendung dieses Beschlusses beteiligen möchte."

Zu A-Punkt 14: **Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 28.7.2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Einzelheiten zur Präzisierung von Bestimmungen des Zollkodex der Union**
= **Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben**

ERKLÄRUNG DÄNEMARKS

"Dänemark unterstützt den Zollkodex der Union und den delegierten Rechtsakt, mit dem die Digitalisierung und die Straffung der Zollvorschriften und -verfahren sichergestellt werden.

Die Gewährleistung einer vollständigen Digitalisierung der nationalen Verfahren und Abläufe im Zollwesen ist jedoch eine große, umfassende und äußerst kostspielige und komplexe Aufgabe für die Mitgliedstaaten. Ein Umsetzungsplan, nach dem jeder Mitgliedstaat sein eigenes IT-System entwickeln soll, birgt ein erhebliches Risiko im Hinblick auf die Umsetzung des Zollkodex der Union als Ganzes.

Daher rufen wir die Kommission nachdrücklich dazu auf, dies bei der künftigen Umsetzung zu berücksichtigen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu gewährleisten, dass die finanziellen Auswirkungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene auf ein Minimum begrenzt werden."

*

* *

Zu B-Punkt 9: **Die künftige Rückkehrpolitik**
= **Annahme von Schlussfolgerungen**

ERKLÄRUNG SCHWEDENS

"Im Zusammenhang mit der künftigen Rückkehrpolitik der EU tritt Schweden im Hinblick auf Nummer 12 der Schlussfolgerungen des Rates nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit nur im Zusammenhang mit der länderbezogenen Programmierung und den Entwicklungsplänen der Empfängerländer Auflagen gemacht werden. Dabei sollte man sich an den Zusagen orientieren, die in der im Jahr 2005 gebilligten Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere deren Nummer 45, gemacht wurden."